

CONCILIUM aktuell

Emery Kabongo Kanundowi¹

Aktive Teilnahme der Kirche von Zaïre am Aufbau einer handlungsfähigen Nation

Seit etwas mehr als vier Jahren arbeitet die Republik von Zaïre an der Ausgestaltung einer neuen Gesellschaftsform; sie soll es dem Volk ermöglichen, sein eigenes Geschick in die Hand zu nehmen und sachgerecht zu verwalten.

Zahlreiche Opfer werden dem zaïrischen Volk auf diesem Wege abverlangt, und viele Hindernisse lauern auf seiner Strecke. Das dauert bereits seit dem Bankrott der Zweiten Republik und dem Zerschlagen der nationalen Übereinkunft.

Soll der weiterverfolgte Weg trotz seiner vorausichtlichen Länge und der vielfältigen Fallen sicher begangen werden können, sind aufseiten des Volkes ein feiner Spürsinn für Verantwortung gefordert, Wachsamkeit und Unterscheidungsgeist verlangt. Der alte Mensch muß abgelegt und in jedem Menschen ein Bruder gesehen werden, der nach Gottes Bild geschaffen ist. Ein solches Glaubensbekenntnis bedeutet eine mächtige Hilfe zur Verbesserung der irdischen Belange und zum Aufbau eines friedlichen und blühenden Rechtsstaats. Dazu ist freilich die Mitarbeit aller Menschen guten Willens vorausgesetzt.

Seit im April 1990 der Demokratisierungsprozess ausgelöst wurde, geht die Kirche auf Bitten des Volkes hin den eingeschlagenen Weg ständig mit und ruft die lebendigen Kräfte der Nation zum tatkräftigen Einsatz im Aufbau eines Rechtsstaates auf, zu einem Einsatz, der sich nicht durch den immer wieder störenden Zickzack-Kurs der Staatsführung verwirren läßt.

Um die tödliche Unwissenheit auszurotten, setzt die Kirche bei dem Aufbauunternehmen alle Kräfte

ein, damit sich das Volk seiner Stellung als erstes und handelndes Subjekt in der Demokratisierung voll bewußt wird. Es ist ein ständiges Bemühen der Kirche im Dienst am Volk und am Frieden, vor allem in schwierigen Zeiten. Am kritischsten war die Lage bisher zur Zeit der heute glücklicherweise überwundenen Verdoppelung aller nationalen Einrichtungen.

Die Unterzeichnung eines Vertragsprotokolls und die Annahme eines einzigen Satzungstextes durch alle Staatsbürger haben eine klare Definition der Regeln demokratischen Lebens ermöglicht; auf sie beziehen sich die Politiker bei allen Gelegenheiten, und zwar unter der fortan gültigen Auflage, das gegebene Wort zu halten, auch wenn das leider nicht immer geschieht.

Diese Vorgabe stellt die Verantwortung aller in der Verwirklichung eines Plans nationaler Gemeinschaft ins volle Licht. Das hat Papst Johannes Paul II. in «Christifideles laici» (15) deutlich ausgesprochen: «Die gläubigen Laien können unter keinen Umständen auf die Teilnahme an der Politik, d.h. an der vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen, gesetzgebenden, verwaltungstechnischen und kulturellen Tätigkeit verzichten; diese Tätigkeit hat die organische und durch Institutionen gestützte Förderung des Gemeinwohls zum Ziel.»

Die Wahlen, ein unausweichlicher Übergang

Die Kirche stellt fest, daß der Weg zur Demokratisierung über allgemeine Wahlen zu führen hat; sie erfordern den Respekt und die Erfüllung einiger Vorbedingungen. Ein vernünftiger Zeitraum für eine sorgfältige, nicht überstürzte Vorbereitung des Wahlkampfes und der Wahlen selbst ist zu bedenken. Die Sicherheit von Personen und Besitz ist zu gewährleisten, die Liberalisierung von Rundfunk und Fernsehen, die Instandsetzung und Verfügungsbereitschaft der Kommunikationswege, die Rückgabe der wesentlichen staatlichen Verwaltungsorgane an die nationale Gemeinschaft wie Reservetruppen («Territoriale»), Armee, nationale Sicherheit, Zentralbank, nebenstaatliche Gesellschaften, Amt für Zoll und Akzisen, sowie eine allgemeine Steuerdirektion.

Unabdinglich ist auch eine Sanierung des gegenwärtig im Land herrschenden sozial-politischen Klimas. Das ist umso wichtiger, als gewisse, den Wahlen abgeneigte Politiker mit keinem Mittel

geizen, um einen ruhigen Ablauf der Wahlen zu verhindern.

Daraus erklärt sich auch die Tendenz, das politische Geschehen in ethnische und regionale Bereiche aufzuspalten. Eine solche, mundgerecht als «Geopolitik» hochgesteigerte Spaltungstendenz auf politischem Gebiet führt zwangsläufig zur Verheerung des Landes und zur Verneinung der zairischen Nation. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, an gewisse, politisch ausgeschlachtete stammesinterne Feindschaften zu erinnern, die vor allem die Regionen Shaba und Nord-Kivu verwüstet haben.

Sollten die Wahlen in einem solchen Kontext stattfinden, würde das unweigerlich zum Chaos führen und das Land in die «Kongolisierung» der sechziger Jahre zurücktreiben.

Die Gefahr eines katastrophalen Zusammenbruchs ist aufgrund der bestehenden Partisanenmilitzen groß. Die Kirche drängt daher auf die durchaus notwendige Heranbildung des zairischen Volkes zur Schaffung einer Nation. Menschen und Gruppen unterschiedlicher Herkunft und Mentalität müssen lernen, eine Nation zu werden und wirklich auszugestalten, ein gemeinsames Vaterland, für das die Staatsbürger zuversichtlich und entschlossen ein demokratisches Regierungs- und Verwaltungssystem einfordern können.

Es gibt doch nur dort Demokratie, wo eine Nation sich bewußt ist, ein Gut zu verteidigen, das ihr gehört. Die Kirche, «die sich mit Politik nicht in ihrem eigenen Interesse befaßt und die erklärt, daß in Zaïre niemand in ihrem Namen noch auf ihre Kosten Politik treibt», schreibt sich in dieser Sicht auf dem Weg über ihre Hierarchie eine eigene Rolle zu: Sie will den Laienchristen helfen, daß sie die ihnen aufgetragene Sendung, die zeitlichen Belange den Forderungen des Evangeliums entsprechend zu erneuern, treu erfüllen.

Indessen stellen sich der Kirche im Bereich der Volksbildung einige besonders dringliche Fragen: Wie ist das eigentlich Nationale in der zairischen Politik bewußt zu machen? Wie sind die Rechte und Pflichten der Bürger zu fassen, der Sinn für das Gemeinwohl sowie die Wachsamkeit gegenüber Gewalttätigkeit und Korruption zu wecken?

In diesem Bereich beabsichtigt die Kirche, das Volksbewußtsein für eine gemeinsame Sache wachzurufen, die sich aus ebenso gemeinsamen Problemen wie Gesundheit, Ernährung, Unterricht und naturgerechte, den natürlichen Schätzen des Landes entsprechende Bewirtschaftung ergibt.

Ein solches Bewußtwerden kann den Sinn für Solidarität entwickeln und die nationale Einheit durch Schutz des Volkes gegen Zwietracht schürende, entmutigende Reden und Taten festigen.

Somit bedeutet die Demokratisierung für die Kirche vor allem eine Verantwortung, die von jedem einzelnen einen politischen Einsatz erfordert. Ein jeder soll zur Verteidigung und Wertschätzung eines gemeinsamen Vaterlandes beitragen, zum respektvollen Umgang mit den öffentlichen Gütern, zur produktiven Arbeit am wachsenden Reichtum der Nation, dessen Werte durch eine korrekte Verwaltung der gesamten Gemeinschaft zugute kommen müssen.

In der Politik soll nach Aussage der Kirche konstruktiv, höflich, ehrlich und vorbildhaft miteinander gehandelt und jegliches Streben nach Hegemonie und jeder Ausschluß einer Gruppe, eines Stammes, einer Kulturgemeinschaft oder einer Region sowie auch alle beleidigenden, verleumderischen und verletzenden Worte verbannt werden. Mit einem Wort: Die Politik ist für die Christen ein Bereich der Heiligung.

Das Profil der führenden Politiker

Das zairische Volk wird von einer Krise heimgesucht. Es ist aber vor allem eine Krise der politisch engagierten Kreise. Daher mahnt die Kirche diese Männer, sich von politischen Fehlbildungen, die man zu Idealen und Gesellschaftsprojekten erhebt, freizumachen; die Politiker sollen vielmehr Vorbild sein und an moralischen und bürgerlichen Tugenden dem Volk voranleuchten. Solche Staatsmänner sind für den Fortschritt einer Volksgemeinschaft, die den demokratischen Machtwechsel in ihr Grundgesetz aufgenommen hat, eine sichere Bürgschaft, einer Volksgemeinschaft, in welcher die von Unternehmern abgeschlossenen Wirtschaftsverträge das Interesse der Nation und das Gemeinwohl im Auge haben und wo die Unternehmer selbst Erfolg und Mißerfolg verantworten, ohne für letzteren einen Sündenbock zu suchen.

Die Kirche freut sich über die Fähigkeit des Volkes zu ausdauerndem Widerstand gegen die Versuchung zu Verzweiflung und Gewalt. Sie ermahnt die Bevölkerung, gelegentlich der nächsten Wahlen auf das Profil der künftigen politischen Führer zu achten. In ihrer Botschaft an die katholischen Gläubigen («Steht fest im Glauben», Nr. 18) schrei-

ben die Bischöfe von Zaïre : «Wollen wir aus der aktuellen Krise herauskommen und auf dem Weg der Demokratisierung fortschreiten, müssen wir die Leitung unseres Landes in die Hände von Leuten legen, deren Redlichkeit, Kompetenz, Ernsthaftigkeit und Einsatzbereitschaft in der Leitung der öffentlichen und privaten Angelegenheiten, deren Erfahrung, Friedensliebe und Sorge um die Einheit der Nation erprobt sind.»

Im gleichen Dokument werden auch die Priester und die Ordensleute sowie alle im Pastoraldienst Stehenden aufgefordert, den Frieden und die auf der Gerechtigkeit gründende Eintracht unter den Menschen zu erhalten und nur dann aktiv im Leben der politischen Parteien und in der Leitung der Gewerkschaften tätig zu werden, wenn es darum geht, die Rechte der Kirche zu verteidigen oder das Gemeinwohl zu fördern, und dann erst nach Besprechung mit der kirchlichen Hierarchie.

Die Kirche von Zaïre unterscheidet ihre Rolle und Kompetenz von denen des Staates und verbietet es ihrem Klerus, nötigenfalls bei der Führung der Staatsgeschäfte einzuspringen.

Schließlich hat der Beitrag der Kirche zur Heranbildung des Volkes wesentlich folgende Ziele im Auge: Das Volk soll sein Leben selbst gestalten lernen; es soll zu einer Nation werden, indem es gegen Spaltung und ethnischen Egoismus in den sozialen und politischen Fragen kämpft und in der bereits einsetzenden Entwicklung zur Verbesserung der natürlichen Umwelt, der Ernährung, der Wohnverhältnisse, der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der öffentlichen Gesundheitspflege selbst Hand anlegt.

Es geht auch darum, die Bevölkerung für das Verständnis von der Wichtigkeit der Demokratie empfänglich zu machen, ihr zu einer wohlbedachten Wahl der führenden Personen zu verhelfen, wie sie das Stadtviertel, das Dorf, das Ballungsgebiet, der

Landstrich, die Region und ganz Zaïre überhaupt für ihren Fortschritt und ihre kulturelle, soziale, wirtschaftliche, politische und moralische Entfaltung benötigen.

Sagt man nicht auch, ein gut gebildetes, wohl informiertes und frei erzogenes Volk sei geeigneter, die verschiedenen Aufgaben zu übernehmen, deren es sich zur Verteidigung des gemeinsamen Vaterlandes bewußt geworden ist, opferbereit und ohne sich vom Geist der Zerstörung, des Hasses und der Spaltung beherrschen zu lassen?

Endlich bittet die Kirche alle ausländischen Partner von Zaïre, sehr aufmerksam den Vorteil zu erwägen, den eine Zusammenarbeit für die gesamte zaïrische Nation bedeutet, und sich nicht zum exklusiven Dienst einer Persönlichkeit oder einer Personengruppe zu erniedrigen. Sie bittet sie ebenfalls, nicht Spaltung und Gewalt zu begünstigen, sondern für den Frieden zu arbeiten und an der Festigung der demokratischen Einrichtungen im Land zum Zweck stärkerer und dauerhafterer internationaler Beziehungen mitzuwirken.

Die katholische Kirche läßt ihre Glieder unablässig ein, die geistlichen Mittel zu benützen, damit Gott, der wahre Herr des Menschen und der Geschichte, das Gute vollende, das er zum Wohl des zaïrischen Volkes begonnen hat. Zu diesen Mitteln zählen vor allem das ständige Gebet, der Verzicht auf den Egoismus, die Buße und der selbstlose Einsatz für das Wohlergehen aller.

¹ Emery Kabongo Kanundowi ist Erzbischof und Bischof von Luebo sowie Vizepräsident der Bischofskonferenz von Zaïre.

Aus dem Französischen übers. von Arthur Himmelsbach

«CONCILIUM aktuell» wird redaktionell von Miklós Tomka verantwortet. Es gibt nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskomitees von CONCILIUM wieder.